

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfa., monatlich 30 Pfa. Preis der Einzelnummer 30 Pfa. — Tel. 4598. — **Postfachkonto** Nr. 53477

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telephon 13893. — **Verlag in Leipzig,**  
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4598

**Inseratenpreise:** Die 7-spaltige Kolonelle oder deren Raum 1.90 M., bei Plagovorchrift 2.30 M.; Familienanzeigen, die 7-spaltige Zeile 1.70 M. Reklame-Kolonelle 7.50 M. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721  
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

## Pläne für die Ernährungspolitik.

### Das Programm des Ernährungsministers.

Berlin, 2. Juli. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Ein Mitarbeiter der V. B. hatte eine Unterredung mit dem Ernährungsminister Dr. Hermes über die Grundzüge der künftigen Ernährungspolitik. Der Minister erklärt ihm: Wir können der landwirtschaftlichen Produktion durch Lockerung der Zwangswirtschaft einen starken Anreiz geben. Wir werden sie nur da aufrecht erhalten, wo elementarste Notwendigkeiten es erfordern. Jeder Diskussion entzinkt ist für uns die Zwangswirtschaft in Brotgetreide und Milch. Wir wollen die landwirtschaftliche Produktion durch eine gerechte Preispolitik fördern. An einen Abbau der Getreidepreise kann nicht gedacht werden, aber die Erhöhung des Brotpreises muß jedenfalls vermieden werden. Andererseits werden wir die Fleischgewirtschaft abzubauen, oder richtiger umbauen und stehen in Verhandlungen über die Neuregelung der Fett- und Kartoffelwirtschaft. Beim Abbau der Zwangswirtschaft verfolgen wir weiter den Zweck, soweit wie möglich das Preisniveau der Lebensmittel zu senken. Die zentralisierte Einfuhr war berechtigt, solange uns nur ein sehr beschränkter Markt zur Verfügung stand. Jetzt aber können wir Fische nicht mehr nur in Holland und Norwegen, sondern auch in ganz England kaufen, darum muß die Einfuhr schleunigt freigegeben werden, damit nicht ein Teil der ausländischen Flotten stillliegt, sondern ein möglichst verstärktes Angebot die Preise drückt. Das gleiche gilt für die freie Einfuhr von Obst und frischem Gemüse, die bereits verfügt. Auch die Zentralisierung der Eier- und Käseeinfuhr ist aufgehoben worden. Mit den Kriegsgesellschaften wird gründlich und schnellstens ausgeräumt werden. Die Reichsgüterbestände und die Reichsgetreidestellen, die letztere ganz besonders für Milch, müssen natürlich bleiben. Aber auch dort läßt sich der Apparat sehr vereinfachen und verbilligen.

Weiter kündigt das Ministerium eine Frühreueaktion für Getreide an. Jetzt muß sich Deutschland durch die nächsten Wochen noch durchquälen, aber bei Beginn des neuen Erntejahres muß eine dauernde Reserve geschaffen werden, um lokale Schwierigkeiten und Rückschläge zu überwinden und mit den Einkäufen ruhiger disponieren zu können. In der Fettwirtschaft sei an eine vollkommen freie Wirtschaft vorläufig nicht zu denken, dagegen müsse unter Ausschaltung des Reichsausschusses für Oel und Fett eine zweckmäßige Neuregelung getroffen werden, die augenblicklich Gegenstand eingehender Verhandlungen ist.

### Abänderung des Friedensvertrags in Aussicht?

Berlin, 2. Juli. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Im Berliner Tageblatt wird aus Paris gemeldet: Es steht nunmehr fest, daß die Alliierten sich auf die Beschlüsse der englisch-französischen Sachverständigen einigen werden. Es hat ein offizieller Gedenkauswärtiger mit den Vereinigten Staaten Ratgefundene, der die amerikanische Zustimmung liefert. Es scheint aber, daß die Alliierten in Spa nicht nur eine Einheitsfront werden bilden können, sondern daß sie auch sehr klare Bedingungen vorschreiben werden, und daß Deutschland gezwungen sein wird, sie anzunehmen. Indes meldet die Chicago Tribune, daß eine radikale Durchsicht des Friedensvertrags sehr wahrscheinlich als erste Maßnahme in Spa gepfeift werden wird. Die Engländer haben die Absicht angedeutet, den Vertrag elastischer zu gestalten. Die Italiener äußern sich in demselben Sinne und die amerikanische öffentliche Meinung, so sagt das Blatt, ist ebenfalls für eine Abänderung gewisser Bestimmungen des Vertrages.

### Eine Denkschrift über Deutschlands Zahlungsfähigkeit.

Berlin, 1. Juli. Die Friedensdelegation in Paris hat heute der Friedenskonferenz zwei amtliche Denkschriften überreicht, die gleichzeitig den alliierten Regierungen in London, Rom und Brüssel übergeben worden sind. Die erste behandelt die Zahlungsfähigkeit Deutschlands für die Wiedergutmachung, die zweite legt im einzelnen dar, wie weit Deutschland schon heute seine Steuerquellen angespannt hat. In einer Begleitnote wird darauf hingewiesen, daß Deutschland heute wesentlich weniger wirtschaftliche Hilfsquellen zur Verfügung stehen als vor dem Kriege. Die Durchführung der vorgeschlagenen Maßnahmen soll Gegenstand mündlicher Bepfprechung in Spa sein. Gleichzeitig wurde ein Gutachten über die wirtschaftliche Gesamtlage in

Deutschland, seine Leistungsfähigkeit und die Möglichkeit der Kräftigung übergeben, das von 22 hervorragenden, im wirtschaftlichen Leben stehenden Männern unterzeichnet ist.

### Die Bewegung gegen den Lebensmittelwucher.

#### Bayrische Bauern für den Preisabbau.

Wie dem Leipziger Tageblatt aus München gemeldet wird, haben die Bauern in den Bezirken Mitterling und Mühlendorf beschlossen, weitere Preiserhöhungen nicht mehr mitzumachen. Im Bezirke Straubing lehnten die Milchproduzenten die Milchpreiserhöhung ab. Die bayrische Bauernschaft hat im Verein mit dem Landwirtschaftsministerium folgende Richtlinien aufgestellt: Unter keinen Umständen eine Erhöhung der Brot- und Mehlpreise. Wir müssen mit den Getreidepreisen unter den Vorschlägen des Reichsernährungsministeriums bleiben. Wir sind bereit, mit dem Kartoffelpreis 10 M. unter den Preis des Reichsernährungsministeriums herunterzugehen. Wir bitten die bayrische Regierung, beim Reich dahin zu wirken, daß der ursprünglich von Bayern vorgeschlagene Höchstpreis von 350 M. (statt 420 M.) für den Zentner Lebendgewicht Fleisch für das ganze Reich verbindlich gemacht wird. Wir können auch bei Milch um 30-40 Pfa. heruntergehen, immer vorausgesetzt, daß keine Lohn-erhöhungen kommen.

#### Die rheinischen Bauern für die Fortsetzung des Wuchers.

Köln, 2. Juli. (L. A.) Die Bauernschaft scheint den Kampf gegen die Städte aufzunehmen zu wollen, welche die Obstzeuger wegen der wucherischen Ausbeutung des Publikums zur Anzeige bringen. Der Bund der Landwirte hat eine Anzahl Protestschreiben an die behördlichen Stellen geschickt, die in einer starkbesetzten Versammlung im rheinischen Orte Merten zur Verlesung kamen. Der Kölner Markt soll boykottiert werden. Die Bauern werden aufgefordert, ihre Erzeugnisse nach anderen niederrheinischen Orten zu bringen und sich gegen die öffentliche Gewalt aufzunehmen, falls die Staatsanwaltschaft auf dem Markt einschreiten sollte.

#### Vorbereitende Maßnahmen in Braunschweig.

Braunschweig, 1. Juli. Um Teuerungswallen vorzubeugen, hat die Stadtverordnetenversammlung einen Ausschuss eingesetzt, der die Preise für Lebensmittel und Schuhwaren prüfen und in erträglicher Höhe festsetzen soll.

#### Nahrungsmittelunruhen in Worms.

Worms, 1. Juli. Gestern nachmittags und abend fanden hier Straßenkundgebungen gegen die Lebensmittelteuerung statt. Einige hundert Arbeiter mit roten Fahnen versammelten sich auf dem Marktplatz und marschierten geschlossen nach dem Gewerkschaftshaus, wo Bepfprechungen stattfanden. Sämtliche Läden und Geschäfte waren geschlossen. Vom Gewerkschaftshaus begaben sich die Demonstranten zur Handelskammer, wo der Geschäftswelt ein befristetes Ultimatum überreicht wurde. In den Abendstunden strömte wieder eine Menge nach der Mittelstadt. Halbwegsige Burschen schlugen Schaufenster ein und plünderten die Einlagen. Es kam mehrfach zu schweren Schlägereien und wilden Szenen, so daß die Polizei öfters mit blanker Waffe vorgehen mußte. In den gestrigen Abendstunden leiteten sich die gemeldeten Plünderungen fort. Alle großen Kolonialwarenläden sowie Schuhwarengeschäfte und Kleidermagazine wurden gründlich ausgeräumt. Der Schaden dürfte etwa 2 bis 2 Millionen Mark betragen. Die Polizei stand den Plünderungen machtlos gegenüber. Gegen Mitternacht griffen französische Patrouillen ein. Die Straßen wurden gesäubert. Der tägliche Wochenmarkt war trotz alledem sehr gut besucht, und die Preise zeigten eine sehr erhebliche Senkung. Die Läden sind auch heute noch geschlossen.

#### Keine Unruhen in Frankfurt a. M.

Aus Frankfurt a. M. wird berichtet: In einer Reihe auswärtiger Blätter wurden die übertriebenen Nachrichten über die Frankfurter öffentlichen Demonstrationen gegen die hohen Lebensmittelpreise verbreitet. In Frankfurt weiß man nichts von Plünderungen. Die hiesigen Blätter hatten übereinstimmend berichtet, daß die Kundgebungen eindrucksvoll verliefen und es zu ersten Ausschreitungen nicht gekommen ist. Von Plünderungen und Unruhen, wie in andern Städten, ist keine Rede. Wo sich Anfänge von Ausschreitungen zeigten, schritten sofort die Führer der Arbeiter ein und machten mit Erfolg zur Besonnenheit.

#### Aufhebung des Ausnahmezustandes in Würzburg.

Würzburg, 1. Juli. Der Befehlungsanstand, der infolge der Unruhen drei Tage über Würzburg verhängt war, ist heute wieder aufgehoben worden. Nicht „Rädelsführer“ bei den Unruhen, die hauptsächlich das Plündern der Läden verursacht haben, sind verhaftet worden und werden wegen Landfriedensbruchs abgeurteilt werden.

#### Die Opfer der Hamburger Unruhen.

Hamburg, 1. Juli. Nach amtlicher Feststellung sind bei den Lebensmittelunruhen am 20. Juni vier Personen getötet und 10 verwundet worden.

### Die Illusion der Versöhnungspolitik.

W. O. Die erste, die notwendigste und unerlässliche Vorbedingung für eine fruchtbare, entwicklungsfördernde Regierungspolitik ist stets die Erkenntnis der politischen Situation. Solange eine Partei sich in der politischen Situation irrt, solange bleibt es Parteieliegenheit und die nächsten Wahlen pflegen der Partei ihren Irrtum zu beschernigen. Sobald jedoch in einem parlamentarisch regierten Lande die Regierungsparteien in den Fehler der Verkennung der politischen Situation verfallen, wird die Frage zur Angelegenheit des Volkes. Die Oppositionsparteien können es in diesem Falle nicht dulden, daß auf Grund falscher Ansichten über die politische Lage Maßnahmen getroffen werden, die von schwerstem Schaden für die Entwicklung des gesamten Volkes sein müssen, ja, die nicht selten die Wirkung ihrer unheilvollen Folgen über die Staats- und Landesgrenzen hinaustragen. Den Oppositionsparteien entsteht in diesem Augenblick die Pflicht, mit allem Nachdruck und mit aller Energie, mit allen Mitteln, die Ueberzeugungskraft besitzen, das wahre Problem der politischen Situation aufzudecken.

Die beiden großen Kennzeichen, unter denen die neue Regierung des Herrn Fehrenbach ihre Politik zu führen gedenkt, sind festgelegt in den Worten: „Politik der sozialen Versöhnung“ und „Kontinuität und Beständigkeit der bisherigen Regierungspolitik“. Das Schlagwort von der Kontinuität, der unveränderten Fortführung der bisher getriebenen Koalitionspolitik, ist zu verlockend, als daß es nicht zu einer kleinen Abschweifung verleiten sollte. Es ist geschichtlich eine nicht nur sehr interessant, sondern auch politisch höchst wichtige Erscheinung, daß eine aus drei bürgerlichen Parteien zusammengesetzte Regierung, eine Regierung, in der die Deutsche Volkspartei, also eine zur Reaktion gehörende Gruppe, einen sehr wichtigen Bestandteil bildet, daß eine solche Regierung ohne große Scheu die ehemalige Regierungspolitik der sozialdemokratisch-bürgerlichen Koalition unverändert fortsetzen kann. Damit ist ein Urteil über die Politik der Herren Scheidemann, Bauer und Müller gesprochen, das vom sozialistischen Standpunkt aus nicht gerade schmeichelhaft ist. Diese sogenannten sozialdemokratischen Reichskanzler haben eine Politik getrieben, die Herr Fehrenbach mit seinem rein bürgerlichen Kabinett unbeanstandet fortsetzen kann. Niemand wird annehmen wollen, daß Herr Stresemanns Parteigenossen geneigt sind, sozialistisch zu regieren. So bleibt nur die Erklärung, daß die Herren Scheidemann nichts weniger als sozialistisch regiert haben.

Nach dieser Abschweifung bleibt festzustellen, daß also auch die bisherigen Regierungen eine Politik der sozialen Versöhnung betrieben haben. Daß, wenn also die bisherige Regierungspolitik nach unserer Ueberzeugung gescheitert ist, damit bereits das Urteil über die Versöhnungspolitik gesprochen ist.

So einfach ist indessen für viele leider eine politische Beweissführung nicht. Da es deutsche Eigenart ist, für die eigenen politischen Verhältnisse meist völlig mit Blindheit geschlagen zu sein und nur die fremden Fehler zu sehen, so liegt es nahe, nach Italien hinüberzugreifen, wo eben eine Regierungskrise zu überwinden versucht wurde, die im Prinzip sich von der unsrigen kaum unterschied. Die Regierung des Herrn Nitti war maßvoll, war tatkraftvoll und vorsichtig, die Politik seines Kabinetts war eine Politik der Anpassung nach rechts und links. Keine Partei wurde provoziert, keine Klasse zurückgestoßen, allen Forderungen der Arbeiterschaft nach Möglichkeit entsprochen, möglich ohne dabei die Interessen des Kapitals zu verletzen. Es war die typische Politik der sozialen Versöhnung. Nitti selbst hat dies mehrfach als sein Programm ausgesprochen. Er ist mit dieser Regierungspolitik gescheitert. Nicht weil er nicht fähig gewesen wäre, sie konsequent durchzuführen. Im Gegenteil, er war äußerst geschickt. Er hatte eine treffliche außenpolitische Einigungsparole gefunden und doch scheiterte seine Politik, eben weil sie eine Politik war, die auf völliger Verkennung der politischen Situation aufgebaut war. Eine Politik der sozialen Ausgleichs der sozialen Versöhnung in einem Augenblick, wo der soziale Entscheidungskampf, die letzte große Schlacht in sozialen Ringen bevorsteht, ist eine Illusion, ist mehr als das, ist Verblendung, ist verbrecherischer Wahnsinn. In dieser Verblendung ist das Kabinett Nitti gescheitert. An derselben Verblendung wird das neue Kabinett des Herrn Giolitti scheitern. Während noch die gesamte bürgerliche Presse Italiens wie ganz Europas in Giolitti den Erretter